

MORNING

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Dönhofs 292-295
und 2500-2507

Donnerstag, den 12. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Anzeigen-
Abteilung: Dönhofs 2508-2507

Verbot der Devisenspekulation.

WTB. meldet: Das Reichsministerium befahl sich heute mit Maßnahmen zur Verhütung des weiteren Sturzes der Mark. Es wurde vor allem die Notwendigkeit des schleunigen Erlasses von Vorschriften, die eine Einschränkung der Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln bezwecken, anerkannt, und es wurde einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten den sofortigen Erlass einer Rechtsverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung vorzuschlagen. Im Zusammenhang hiermit wurde die Frage der Ausgabe vorbehaltlicher Scheckanweisungen sowie weiterer Stützungsmaßnahmen für die Reichsmark erwogen. Die Beratungen hierüber sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Von anderer Seite wird dazu gemeldet: Das Reichswirtschaftsministerium hatte in der gestrigen Kabinettsitzung neue Pläne vorgelegt, die der Devisenspekulation Einhalt gebieten sollen. Es handelt sich um eine neue Devisenordnung, die die Devisenkäufe der Kontrolle der Außenhandelsstellen unterstellt. Jeder Ankauf von Devisen, der nicht zum Zweck der Bezahlung von eingeführten Waren dient, wird nach dieser Verordnung verboten und unter strenge Strafe gestellt. Um der Außenhandelsstelle in Zukunft die Möglichkeit der Kontrolle zu geben, müssen in Zukunft von jedem Devisenkauf-Antrag Abschriften beigebracht werden. Das galt bisher bekanntlich in bezug auf das Finanzamt.

Die Entente droht mit Finanzkontrolle. Wie notwendig beschleunigte Maßnahmen aus außenpolitischen Gründen sind, zeigt folgende Havas-Nachricht aus Paris:

Paris, 11. Oktober. (Havas.) Die Reparationskommission wird heute nachmittag eine halbamtliche Sitzung abhalten, in deren Verlauf die durch den Sturz der Mark geschaffene neue Lage erörtert wird. Man wird sich daran erinnern, daß die Reparationskommission ihre Entschließung vom 31. August nur gefaßt hat, um dadurch wenn auch nicht eine Besserung des Marksturzes, so doch wenigstens eine Stabilisierung zu erlangen. Dieses Ergebnis schien Anfang September erreicht zu sein und man hegte die Hoffnung, unter verhältnismäßig günstigen Umständen sich zur Brüsseler Konferenz begeben zu können, die im November oder Dezember alle Finanzprobleme, die sich aus dem Kriege ergeben haben, erörtern sollte. Der neue Sturz der Mark, der in den letzten drei bis vier Wochen eingetreten ist, hat diese Hoffnung vernichtet.

Die Reparationskommission sieht sich daher gezwungen, die neue finanzielle Lage des Deutschen Reiches vor der Brüsseler Konferenz zu prüfen. Es ist selbstverständlich, daß die Frage der deutschen Finanzkontrolle aufgeworfen werden wird und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die nächste halbamtliche Sitzung insbesondere Anordnungen von Maßnahmen zum Gegenstand haben wird, die gestatten, die Kontrolle zu verstärken und sie wirksamer zu gestalten.

Es werden aber mehrere halbamtliche Sitzungen und Besprechungen zwischen den Delegierten nötig sein, bevor es zu einer Entschließung der Kommission kommt, die im Verlaufe einer amtlichen Sitzung nicht vor Ende der nächsten Woche gefaßt werden wird. Da die für Freitag angelegte Sitzung abgesetzt worden ist, wird vor 5 oder 6 Tagen kaum eine Lösung möglich sein.

Die Sitzung der Reparationskommission. Paris, 11. Oktober. (G.) Leiter die Sitzung der Reparationskommission wurde folgende offizielle Mitteilung ausgegeben: Die Delegierten und Delegiertenstellvertreter der Reparationskommission traten heute zusammen, um unter dem Vorsitz von Louis Barthou die Finanzlage Deutschlands zu erörtern. Die Sitzung dauerte von 3 bis 6 Uhr. Die Beratung wird in einer offiziellen Sitzung am Freitag fortgesetzt werden.

Barthous Antrittsrede. Paris, 11. Oktober. (WTB.) In der gestrigen Sitzung der Reparationskommission begrüßte Sir John Bradbury den neuen französischen Delegierten Barthou mit einer Ansprache, in der er u. a. erklärte, Barthou sei mehreren Mitgliedern der Kommission bereits persönlich bekannt. Die große Aufgabe, die er auf der Konferenz von Genoa durchgeführt habe, sei im Gedächtnis der Mitglieder noch gegenwärtig und beweise, daß er berufen sei, die Beratungen dieses Gens zu leiten, das vielleicht die wichtigste durch den Versailles Vertrag geschaffene Körperschaft, gewiß aber diejenige sei, die die schwierigste Aufgabe habe.

Barthou sagte in seiner Erwiderung: Sir John Bradbury habe in seinem Dank an Dubois auf seinen Eifer, seine Unparteilichkeit, seine Formen, seine Mäßigung und vor allem auf seine große Gewissenhaftigkeit hingewiesen. Er, Barthou, möchte dieses Beispiel befolgen, er sei gewillt, sich von ihm leiten zu lassen. Diese Versicherung gebe er den Mitgliedern der Reparationskommission. Bradbury habe die Aufrechterhaltung der Einigkeit unter den Mitgliedern und die unparteiliche Beurteilung der Forderungen und der Lage derjenigen, die im Krieg die Feinde der Verbündeten waren, für notwendig erklärt. Er, Barthou, habe für sein

Teil kein abweichendes Programm. Wie könnte er auch? Sein Programm sei das der französischen Regierung. Er gehe aus dem Justizministerium hervor. Der Weg von diesem zur Reparationskommission sei durchaus als gegeben erschienen. Auf diesem Gebiet bestehe die Gerechtigkeit in der Anwendung der Gesetze, auf internationalem in der Durchführung der Verträge. Diese Gesetze und diese Verträge seien ihrem Geiste gemäß auszuführen. Nach dieser Begründung trat die Reparationskommission in die Erledigung der Tagesordnung ein.

Ruhigere Auffassung in England.

London, 11. Oktober. Zum Zusammenbruch der Mark sagt ein Leitartikel der „Times“, der Schilling koste jetzt 645 statt 1 Mark. Bei jedem neuen Marksturz erhebe sich innerhalb wie außerhalb Deutschlands die Frage, wann der Zusammenbruch eintreten werde. In Wahrheit stehe Deutschlands bereits mitten in einer Finanzkatastrophe, deren volle Auswirkungen noch eintreten würden. Die Inflation der Währung als eigentliche Ursache der Marktenwertung könne nur zur allgemeinen Verarmung und zum Bankrott führen.

Es müsse bezweifelt werden, ob Deutschland jetzt fähig sei, ohne fremde Unterstützung der Inflation Einhalt zu tun; sie habe einen Punkt erreicht, an dem eine auswärtige Kontrolle in irgendeiner Gestalt unvermeidlich erscheine. Je eher die alliierten Hauptgläubiger Deutschlands in dieser Angelegenheit einen Entschluß fassen, um so besser werde es für Deutschland und für die Welt im allgemeinen sein.

Amerika und das Schuldenproblem.

London, 11. Oktober. (G.) Nach einem Telegramm aus Washington hat die Regierung der Vereinigten Staaten die Erklärung veröffentlicht, daß infolge des gegenwärtigen Standes der europäischen Angelegenheiten keine Schuldernation, England ausgenommen, imstande sei, Maßnahmen zur Regelung ihrer Schulden zu treffen. Im übrigen würde die Teilnahme Amerikas an einer internationalen Wirtschaftskonferenz ins Auge gefaßt, auf der die Frage der internationalen Schulden zu behandeln sei.

Todesstrafe für Tschow!

Die Strafanträge des Oberreichsanwalts.

Dresden, 11. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer mehrstündigen Anklagerede beantragte der Oberreichsanwalt gegen die Angeklagten im Rathenau-Prozess folgende Strafen:

Gegen Ernst Werner Tschow wegen Mittäterschaft die Todesstrafe und die dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Gegen den 17jährigen Hans Gerd Tschow in Anbetracht seiner Jugendlichkeit wegen Beihilfe vier Jahre Gefängnis, wegen Begünstigung sechs Monate Gefängnis, zusammenzuziehen auf eine Gesamtstrafe von vier Jahren drei Monaten Gefängnis.

Gegen Günther mit Rücksicht auf seine ganze Persönlichkeit wegen Beihilfe sechs Jahre Zuchthaus, wegen Begünstigung neun Monate Gefängnis, zusammen sechs Jahre drei Monate Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust.

Gegen v. Salomon wegen Beihilfe fünf Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust.

Gegen Warnke wegen Beihilfe fünf Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust.

Gegen Niedrig wegen Beihilfe fünf Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust.

Gegen Ilseman wegen Beihilfe vier Jahre Zuchthaus, wegen Begünstigung neun Monate Gefängnis, wegen unerlaubten Waffensbesitzes sechs Monate Gefängnis, zusammenzuziehen in eine Gesamtstrafe von vier Jahren neun Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Gegen Steinbed wegen Beihilfe drei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust.

Gegen Schütt und Diefel wegen Beihilfe Freisprechung, wegen Begünstigung je sechs Monate Gefängnis.

Gegen Lillessen wegen Vergehens nach § 139 drei Jahre Gefängnis.

Gegen Plas wegen desselben Vergehens ebenfalls drei Jahre Gefängnis.

Gegen Vogl Freisprechung.

Ferner beantragt der Oberreichsanwalt, die Maschinenpistole, mit der die Tat verübt worden ist, einzuziehen. Das zur Tat benutzte Auto einzuziehen, sei er nicht in der Lage zu beantragen, da die Beteiligung Kischeimeisters noch nicht erwiesen ist.

Berliner Finanzpolitik.

Der Kampf um die Gewerbesteuer.

Die Finanznot der deutschen Städte wird mit jedem Tage bedrohlicher. Auf zahllosen Konferenzen hat man sie erörtert und Maßnahmen zu ihrer Beseitigung erwogen. Den rettenden Ausweg hat man trotz heftigen Bemühens bis heute noch nicht gefunden. Man wird ihn auch nicht finden, solange das Reich erfolglos in seinem Bemühen bleibt, seine Finanzwirtschaft auf gesündere Grundlagen zu stellen. Man hat zwar eine höhere Beteiligung an der Reichseinkommensteuer sowie an der Umsatzsteuer in Aussicht gestellt. Aber ehe diese Maßnahmen sich ausgewirkt haben, werden Monate vergehen und die Teuerung wird die Gemeinden weiter überschwemmen.

Berlin, die größte deutsche Gemeinde, hat vor allen anderen die Pflicht, zunächst sich selbst zu helfen. Als die bürgerliche Mehrheit im roten Hause einzog, verkündete sie als ihren ersten Grundsatz: Keine Ausgabe ohne Deckung! Dadurch sollte der „sozialistischen Mißwirtschaft“ gesteuert werden. Die notwendige Lohnerhöhung wurde in wochenlangen Beratungen hingezogen und so lange nicht bewilligt, als nicht Tariserhöhungen zur Deckung durchgeführt waren. Alle Steigerungen der städtischen Tarife wurden von den bürgerlichen Mittelparteien, von Demokraten und Zentrum, prompt durchgeführt, wenn es galt, für Arbeiterlöhne Deckung zu schaffen. Die Sozialdemokratie hat im Rathaus, da sie grundsätzlich für die Selbsterhaltung der städtischen Betriebe eintritt, auch immer Erhöhungen, die sich wirtschaftlich aus den Bedürfnissen der Gemeindebetriebe begründen ließen, bewilligt.

Anders ist es für die bürgerlichen Parteien, wenn die Deckung nicht mehr auf Kosten der breiten Massen allein, sondern zum Teil auch auf Kosten ihrer engeren Anhängererschaft erfolgen muß. Die letzte, vom Magistrat beantragte Erhöhung der Gewerbesteuer ist vom Zentrum, den Demokraten und Deutschnationalen abgelehnt worden, von der Wirtschaftspartei gar nicht zu sprechen. Von der Deutschen Volkspartei glänzten viele Vertreter durch Abwesenheit. Die bürgerlichen Parteien zeigen durch diese Haltung, die bei einfacheren Kommunalpolitikern aus ihren eigenen Reihen auf Widerspruch stieß, daß von dem kurzfristigen Gruppenegoismus der Mittelstandsinteressen alle schönen Theorien über den Haufen geworfen werden. Alles Gezeier über den sozialistischen Magistrat kann doch nicht verdecken, daß Berlin auch mit der beantragten Erhöhung der Gewerbesteuer hinter anderen Städten zurückbleibt. Diefelben Parteien, die heute aus kurzfristigem Gruppenegoismus der Stadt die Mittel verweigern, werden nach den Worten einzelner ihrer eigenen Vertreter morgen ganz andere Steuern für die Stadt bewilligen müssen.

Kurzfristige Verantwortungslosigkeit ist überhaupt das Kennzeichen der bürgerlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik im Berliner Rathaus. Diefelben Leute, die bewegliche Klagen darüber anstimmen, daß durch den — allerdings mitunter recht unwürdigen — kommunistischen „Radau“ in der Stadtverordnetenversammlung der Kredit Berlins geschädigt würde, scheuen sich nicht, in großen Berliner Organen vor dem ganzen In- und Ausland durch eine maßlose, bewußt parteiische Kritik den Kredit der Stadt aufs empfindlichste zu schädigen.

Der systematische Angriff der bürgerlichen Parteien gilt den Berliner städtischen Werken. Das Kapital will sie um jeden Preis in die Hand bekommen. Hundertmal widerlegte Unwahrheiten werden immer wieder in der Berliner bürgerlichen Presse an den Mann gebracht. Die Straßenbahn soll unter städtischer Verwaltung hoffnungslos verkommen sein und der Stadt ungezählte Millionen kosten. In den Ausschüssen müssen dieselben Herrschaften, die das behaupten, anerkennen, daß die Straßenbahn, die die Stadt in heruntergewirtschaftetem Zustande übernommen hat, sich wesentlich gebessert und daß sie bis heute der Stadt keinen Pfennig gekostet hat, trotzdem sie dem Reiche noch über 70 Millionen Steuern abzuführen hatte.

Die Werke sollen am Defizit der Stadt schuld sein. Tatsache ist, daß sie mindestens folgende Erträge abwerfen: Güter 100 Millionen, Elektrizitätswerke 250 Millionen, Gaswerke 70 Millionen, Wasserwerke 30 Millionen, Gas und Elektrizität außerdem für die Notstandsaktion 210 Millionen, also zusammen 670 Millionen. Jeder Kenner der Verhältnisse weiß aber, daß dieser Ueberschuß noch überschritten wird. Man kann ihn vielleicht zu niedrig finden, aber um immer wieder zu behaupten, 670 Millionen seien ein Defizit, dazu muß man schon sehr geduldiges Druckpapier und sehr gläubige Leser haben. Gewiß könnten die Werke noch höhere Erträge abwerfen. Dann sollten aber die bürgerlichen Parteien ihre Beamtenmacherei aufgeben, dann sollten gewisse Herren, die die Leitung der Werke in der Hand haben, endlich ihren Widerstand gegen die Durchführung einer kaufmännischen Organisation aufgeben. Manche treiben es eben in der Gemeindepolitik ähnlich wie in der Reichspolitik. Im Reiche schimpfen sie auf die Erfüllungspolitik und auf den Marksturz, obwohl jeder weiß, daß sie am meisten davon profitieren und um keinen Preis an eine Stabilisierung der Mark heran wollen. Demagogische Agitation kann man ja trotzdem treiben.

Theater, Lichtspiele usw.

Gpernhaus
Oberon

Schauspielhaus
Peer Gynt

Residenz-Th.
Der große Erfolg Lady

Wundermeres
Fächer

Trianon-Th.
Erika Glässer

Lissi
die Kokotte

Kleines Th.
Agnes Jordan

Theater des Ostens
Rachsteilchen

Central-Theater
Die Kleinbürger

Volksbühne
Heber die Kraft

Lessing-Th.
Vater u. Sohn

Deut. Künstler-Th.
Madame Sans-Gêne

Russ.-Sov. Theater
Uraufführung

Walhalla-Theat.
Die Sprache der Vögel

Deutsch. Theat.
Komische Oper

Europa spricht davon!!
6 Pracht-Ballette!!

Der Blaue Vogel
Gellertstraße 9

Komödienhaus
Henne i. Korb

Berliner Th.
Pompador

Circus Busch
Eilen Sie

URANIA
Taubenstr. 8

INTERNAT. Varieté
Tägl. 8 Uhr

Casino-Theater
4 Uhr

WINGARTEN
Variété-Spielplan

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle

Siemens-Werner-Werl.
Grute, Donnerstag

Verammlung
Freitag, 13. Oktober

Ohne alle Kosten
für den Erfinder

Die Abtreibung
der Leibesfrucht

Kein Haushalt ohne



Auto-Kaol

Metall-Oel-Politur
100% sparsamer als Putzwasser

Tüchtige Schuhmacher
kleine Anzeige im „Vorwärts“

Die neue Herbst- und Winter-Mode

Herren-Geh-, Sport-, Reise- und Fahrpelze

Ulster aus braunem festem Pelzstoff, zweifach mit Futter	5300	Oeltuchpelerinen ca. 90 cm lang von M.	3250	Burschen-Ulster u. Schlüpfer Gr. 7-12, in den neuesten Modern und modernsten Fasern	5200
Paletois ein- und zweifach, aus marrocco und schwarzem Eskimo sowie Wintercheviot in bester Verarbeitung	11500	Oeltuchjoppen	3750	Knaben-Ulster in großer Auswahl von M.	3000
Ulster der neuesten Mode mit Falten und Klettverschluss aus nur prima Stoffen aller Art und geschmackvoller Farbbelegung	10500	Oeltuchmäntel	5200	Jünglings-Anzüge Jackett- u. Sportform, in vielen modernen Stoffen, Must. u. Preislagen, Gr. 36 anfangend mit M.	4500
Schlüpfer, Ulster, Raglans aus Stoffen in bester Qualität in den verschiedenartigsten Farbbelegungen und in bester Ausführung von M.	13500	Aegirinpelerinen (Schlangenhaut mitiert) von M.	4250	Burschen-Anzüge Jackett- u. Sportform, ganz gefüttert, in großer Auswahl, Gr. 7 anfangend mit	2400
Schlüpfer Ersatz für Mantel, prima Qualität M. 2400, 3000.	18000	Aegirnmäntel (Schlangenhaut mitiert) von M.	6300	Knaben-Anzüge in Schlüpfer-, Sport-, u. gut. Stoffen in allen Preislagen, Gr. 7 anfangend mit M.	2900
Jackett-Anzüge viele einzelne Anzüge in hellen u. mittleren Farben	4500	Mandchester-Sportanzüge mit Brecheschlose	12500	Winterjoppen f. Jüngerl. aus besten Stoffen, in Sport- u. glatter Form, außergewöhnlich billig M. 1900.	1400
Jackett-Anzüge hochwertige Qualität in modern. Stoffen u. Farbbelegungen in vorzüglicher Verarbeitung von M.	9000	Sportpelze Stoffherge in verschiedenen Farben mit Nerzhaare, Marmot, Biber, Wabey u. Natur-Haarefütterung von M.	42000	Herrn-Hosen aus dunkel gestreift. Bucklein und Kammergarn	850
Winterjoppen aus bestem Lodenstoff in all. gängig. Farben v. M.	4000	Elegante Gehpelze , fertige am Lager	edelleste Pelzsorten, fertig am Lager	Gummimäntel, Lodenmäntel, Pelerinen in großer Auswahl in allen Preislagen	

Schwarze und braune Chromleder-mäntel und Anzüge fertig am Lager

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Angebote
freibleibend!
Verkauf rationiert!

Der Versand nach
außerhalb erfolgt in
der Reihenfolge der
Auftragseingänge

Verkäufe

Wägen, Winterpelze, Winter-schlüpfer, Cuzamans, Schneeschuhe, Gummistiefel, Seifen, usw.

Wiederverkauf für alle Artikel. Keine Kommodoren.

Wiederverkauf für alle Artikel. Keine Kommodoren.

Wiederverkauf für alle Artikel. Keine Kommodoren.

Möbel

Gelegene, Kleintische, Stühle, Sofas, usw.

Wiederverkauf für alle Artikel. Keine Kommodoren.

Wiederverkauf für alle Artikel. Keine Kommodoren.

Kaufgesuche

Wiederverkauf, Kleintische, Stühle, Sofas, usw.

Wiederverkauf für alle Artikel. Keine Kommodoren.

Wiederverkauf für alle Artikel. Keine Kommodoren.

Geschäftsanzeige

Wiederverkauf, Kleintische, Stühle, Sofas, usw.

Wiederverkauf für alle Artikel. Keine Kommodoren.

Wiederverkauf für alle Artikel. Keine Kommodoren.

Vermietungen

Wiederverkauf, Kleintische, Stühle, Sofas, usw.

Wiederverkauf für alle Artikel. Keine Kommodoren.

Wiederverkauf für alle Artikel. Keine Kommodoren.